

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 130. Ratssitzung vom 14. Dezember 2016

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2016/305, Antrag 003, Postulat GR Nr. 2016/441 und Postulat GR Nr. 2016/433

Gemeinsame Behandlung der Anträge 003. bis 005. (Postulate GR Nr. 2016/441 und 2016/433)

Kommissionsreferent:

Shaibal Roy (GLP): *Dieser Antrag ist in der RPK einstimmig. Der Antrag ist bezeichnend für die in der RPK geleisteten Arbeiten. Die RPK hat auf allen aufgeführten Konten sämtliche Details abgefragt. In Bezug auf die Personalwerbung gibt es zwei verschiedene Vorgehensweisen. Einerseits gibt es viele Dienstabteilungen, die bereits heute ihre offenen Stellen praktisch ausschliesslich auf digitalen Medien bewerben. Andererseits gibt es auch viele Dienstabteilungen, die digitale Medien zu wenig konsequent nutzen und viel zu stark auf Printmedien zurückgreifen. Printmedien sind heute für viele Stellensuchende nicht die bevorzugte Informationsquelle. Sie sind zu teuer und erreichen nicht dieselbe Reichweite. Es mag Ausnahmen geben, in denen Spezialistenstellen in entsprechenden Branchenpublikationen ausgeschrieben werden. Dieses Mittel soll nur in Ausnahmefällen eingesetzt werden, wenn die Suche über digitale Medien erwiesenermassen erfolglos war. Die RPK musste feststellen, dass in Bezug auf Assessments in der Stadt eine uneinheitliche Praxis herrscht. Die RPK sieht Bedarf für eine einheitliche Regelung innerhalb der Stadt. Dies ist auch in der Privatwirtschaft üblich. Deshalb sollen Assessments erst ab der Stufe Dienstchef durchgeführt werden. Die RPK beantragt den Einsatz digitaler Medien bei Stelleninseraten und andererseits eine einheitliche Handhabung von Assessments. Das ergibt eine Verbesserung von 215 000 Franken auf den nachfolgend aufgeführten Konten.*

Shaibal Roy (GLP) beantragt namens der GLP-Fraktion, das Postulat GR Nr. 2016/441 gemäss Art. 94 Abs. 3 GeschO GR sofort als Budgetantrag 004. zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag von Shaibal Roy (GLP) stillschweigend zu.

Shaibal Roy (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2522/2016): *Eigentlich wurde das Postulat schon begründet. Ich bitte das Versäumnis zu entschuldigen. Uns ist eine einheitliche Handhabung wichtig. Der Fokus auf digitale Medien bei Stelleninseraten ist richtig. Es soll nur in Ausnahmefällen auf Printmedien zurückgegriffen werden.*

Thomas Schwendener (SVP) begründet den namens der SVP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: *Wir wissen, was passiert, wenn etwas in begründeten Ausnahmen zugelassen wird. Das können wir nicht mehr unterstützen. Wir wollen eine klare Linie.*

Wir sind gegen diese halbhatzige Linie. Wir wollen kompromisslos sparen und nur noch digitale Stelleninsetrate.

Dorothea Frei (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2501/2016). Die Praxis ist sehr unterschiedlich. Die Stadtpolizei wendet das Assessment nur auf höchster Dienstebene an, im UGZ sind drei Assessments budgetiert. Die Kosten werden einheitlich angegeben. Der Stadtrat hat ein gutes Netz von Personalverantwortlichen, die interne Assessments durchführen können. Dies kann künftig verstärkt genutzt werden. Wir wünschen uns klare Richtlinien für externe Assessments.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Wir nehmen das Postulat hinsichtlich Onlinepersonalwerbung entgegen. Wir erkennen, dass in diesem Bereich Potential vorhanden ist. Ich möchte klar machen, dass wir die Ausnahmen nicht nur in Bezug auf Spezialisten sehen. Die Stadtpolizei sagt klar, dass sie deutlich geringere Bewerbungsquoten hat, wenn sie nicht in Printmedien und in öffentlichen Verkehrsmitteln werben kann. Es ist für die Stadtpolizei zentral, aus vielen Bewerbern aussuchen zu können. In Bezug auf das Assessment muss man sagen, dass der Begriff weit gefasst ist. Ich möchte an den Entlisberg-Skandal erinnern. Seither gibt es auch beim Pflegepersonal ein Assessment. Auch dort, wo es um die psychologische Eignung im Umgang mit schwierigen Menschen geht, werden Assessments durchgeführt. Eine Begutachtung durch Aussenstehende ist nicht nur bei Top-Kaderpositionen sinnvoll. Es gibt Dienstabteilungen, in denen Bereichsleiter viel mehr Leute unter sich haben, als ein Dienstchef einer kleinen Dienstabteilung. Diese pauschale Behandlung wird der Vielfalt in der Stadt nicht gerecht. Die Exekutive braucht hier Handlungsspielraum.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Liebi (SVP): Stadtrat Daniel Leupi hat das Problem der Personalwerbung in digitalen Medien benannt. Es fällt auf, dass die Polizei im Vergleich zu anderen Departementen sehr hohe Kosten für die Personalwerbung aufweist. Wir müssen hier wegen dem genannten Prinzip kürzen. Wenn für die Personalwerbung so viel Geld ausgegeben werden muss, ist das ein Zeichen dafür, dass bei der Stadtpolizei etwas nicht stimmt. Es ist bekannt, dass es mittlerweile für die Stadtpolizei schwierig geworden ist, Personal zu finden. Die Leute gehen lieber zur Kantonspolizei. Der hohe Bedarf an Personalwerbung ist Ausdruck dieses Missstands. Es besteht Misstrauen gegenüber der Führung der Stadtpolizei. Die Stadt hat Schwierigkeiten, die Polizeistellen zu besetzen. Wenn jemand Polizist werden möchte, kann er sich selber umsehen und bewerben. Wenn in der 20 Minuten geworben werden muss, finde ich das problematisch.

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): Ich möchte mich für das Postulat der GLP aussprechen. Ich betreibe eine Stellenbörse im Internet. Die genannten Ausnahmen sind sinnvoll. Dies betrifft das Tagblatt, also die amtlichen Publikationen und Fachpublikationen. Fachpublikationen sind sinnvoll, da viele Leute nicht auf Stellensuche sind, aber sich über Fachpublikationen weiterbilden.

Marianne Aubert (SP): Ich möchte mich zu den Inseraten auf digitalen Medien äussern. Die von Thomas Schwendener (SVP) geforderte Konsequenz ist problematisch. Einige Leute können nicht gut mit digitalen Medien umgehen. Es gibt Berufe, in denen sich die Personalsuche als schwierig erweist. Deshalb wollten wir eine Textänderung beantragen. Wenn man Leute sucht, muss man abwägen, was geeignet ist. Manchmal muss für Berufe Werbung gemacht werden.

Stefan Urech (SVP): Meine Vorredner haben erklärt, warum wir hier nicht mitmachen. Das Postulat ist eine Nebelpetarde. Wir haben immer wieder gefragt, warum nicht mehr Onlinewerbung betrieben wurde. Uns wurde immer gesagt, es sei eine begründete Ausnahme. Durch dieses Postulat wird sich nichts ändern.

Dr. Christoph Luchsinger (FDP): Es geht darum, dass die Stadt keine Inserate mehr in der NZZ oder dem Tages Anzeiger publizieren soll. Die Publikation in Fachzeitschriften ist sinnvoll.

Thomas Schwendener (SVP): Unsere Klientel hat nicht genug Geld, um sich entsprechende Fachzeitschriften zu kaufen. Unsere Klientel besitzt aber einen Computer. Die Leute lernen, mit Computern umzugehen. Wenn jemand eine Stelle bei der Stadt sucht, ist das eine Grundvoraussetzung.

Alan David Sangines (SP): Wir haben den Textänderungsantrag nicht gestellt. Ich möchte auf unsere Überlegungen eingehen. Wir bitten den Stadtrat, dies entsprechend zu prüfen. Es kann auch sinnvoll sein, in herkömmlichen Zeitungen und Lokalblättern Inserate zu schalten. Wir sprechen viel über das Zeitungssterben und Entlassungen von Journalisten. Wenn alle anderen Mittel ausgeschöpft sind, kann es sinnvoll sein, in Zeitungen Inserate zu schalten.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: Man kann nicht einerseits das Geld für die Werbung einsparen und sich darüber beschweren, dass die Leute nicht mehr kommen, weil das Image beschädigt sei. Präsenz ist wichtig. Dies betrifft auch die Medienpräsenz. Landesweit gibt es Unterbestände im Polizeibereich. Die Kantonspolizei hat in den letzten Jahren das Dreifache für Werbung ausgegeben. Wir haben in der Stadt Konkurrenz durch Korps aus dem Aargau und St. Gallen. Wir benötigen eine starke Präsenz in Print- und Online-medien sowie durch Trampräsenz.

S. ---	10 3092 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Personalwerbung			
			Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag
003.	Antrag Stadtrat			gemäss Budgetentwurf 2017 inkl. Nachtrag	Stimmen

615 200

Zustimmung Shaibal Roy (GLP) Referent, Präsident Walter Angst (AL), Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Felix Moser (Grüne), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP)

Begründung: Inserate online statt in Printmedien ausser Fachzeitschriften in begründeten Ausnahmen, Assessments erst ab Stufe Dienstchef, keine Reserven, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3092 0000 Personalwerbung					GLP
Inserate online statt in Printmedien ausser Fachzeitschriften in begründeten Ausnahmen, Assessments erst ab Stufe Dienstchef, keine Reserven					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
2050	Human Resources Management	135 800	0	27 200	108 600
2080	Organisation und Informatik	180 000	0	20 000	160 000
2520	Stadtpolizei	736 400	0	175 000	561 400
2525	Stadtrichteramt	36 000	0	26 000	10 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	26 100	0	20 000	6 100
3515	Tiefbauamt	250 000	0	115 000	135 000
3535	ERZ, Abwasser	150 000	0	50 000	100 000
3550	ERZ, Abfall	174 000	0	60 000	114 000
4015	Amt für Städtebau	60 000	0	45 000	15 000
4020	Amt für Hochbauten	65 000	0	10 000	55 000
4035	Amt für Baubewilligungen	25 000	0	15 000	10 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	135 000	0	35 000	100 000
5063	Fachschule Viventa	25 500	0	7 000	18 500
5510	Support Sozialdepartement	120 000	0	10 000	110 000
	Total	2 118 800	0	615 200	1 503 600

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanzdepartements und des Sicherheitsdepartements Stellung.

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

2530. 2016/441

Postulat der GLP-Fraktion vom 14.12.2016:

Personalwerbung, Publikation der Stelleninserate über digitale Medien

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

5 / 5

Shaibal Roy (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2522/2016).

Thomas Schwendener (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanzdepartements und des Sicherheitsdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/305, Beschluss-Nr. 2529/2016, Antrag Nr. 003.

Das Postulat wird mit 101 gegen 21 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

2531. 2016/433

**Postulat der SP- und GLP-Fraktion vom 07.12.2016:
Externe Assessments zur Personalauswahl, Einsatz erst ab der Stufe Dienst-
chef/Dienstchefin**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Dorothea Frei (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 2501/2016).

Namens des Stadtrats nehmen die Vorsteher des Finanzdepartements und des Sicherheitsdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2016/305, Beschluss-Nr. 2529/2016, Antrag Nr. 003.

Das Postulat wird mit 110 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat